

Der Weg in eine sozialistische Bundesrepublik



Inhalt

Die Einleitung	1
Der Sozialismus muß gewollt werden	3
1. Übergangsetappen auf dem Weg zum Sozialismus – eine Erfindung der DKP?	5
Warum sind Übergangsetappen notwendig?	7
Strategie des Heranführens	8
Warum kämpfen wir gegenwärtig um eine Wende?	10
2. Probleme des Kampfes um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt	12
Der eigenen Interessen bewußt werden	12
Welche Errungenschaften sind verteidigungswert?	14
Wie sieht es mit den Aktivitäten der demokratischen Gegenkräfte aus?	15
Wie stehen wir zum parlamentarischen Kampf?	18
Welche Stellung bezieht die DKP zu Reformen und für welche Reformen kämpfen wir?	19
Wie steht die DKP zum Grundgesetz?	21
Wie verhält sich die Orientierung auf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt zu unserem sozialistischen Ziel?	22
3. Was ist eine antimonopolistische Demokratie und wieso kann sie den Weg in eine sozialistische Bundesrepublik öffnen?	23
Anleitung zum Handeln	32



Junge Delegierte des 7. Parteitages der DKP. Sie beschloß mit das Aktionsprogramm der DKP für Frieden und Arbeit. – Es fotografierte Beate Knappe.

Das Gespräch

Viele Menschen suchen heute nach Antworten. Aus Betroffenheit über die Folgen einer Politik, die letztlich das Kapital zu verantworten hat. Vor allem unter jungen Leuten wächst die Bereitschaft, sich für eine bessere menschliche Gesellschaft einzusetzen. Längst nicht mehr sind wir ein Volk von Untertanen. Selbst sein Leben zu gestalten, das wollen immer mehr Menschen. Die vielfältigen Aktionen sind Beispiele dafür: von Aktionen im kleinen kommunalen Bereich bis zu Aktionen, die auf die Weltpolitik Einfluß nehmen. Mit allen Leuten, die hier mitwirken, führen wir das Gespräch über die Alternative,

die die Kommunisten anbieten, die sozialistische Alternative. Und über den Weg, der zum Sozialismus führt. Wir wollen Einblick vermitteln, daß man in den Tageskämpfen viel erreichen kann. Und die Kommunisten vertrösten nicht auf den Tag X, an dem mit einem Schlag alles besser wird. Aber wir sagen: es kann alles wieder zunichte gemacht werden, wenn wir nicht verteidigen, was wir haben; und wenn wir nicht die Macht des Monopolkapitals zurückdrängen und schließlich überwinden.

Fragen

Sind die heutigen Kämpfe schon Teil des Kampfes für eine sozialistische Bundesrepublik?

Ist Friedenskampf antimonopolistischer Kampf?

Kann man im Kampf um die 35-Stunden-Woche die Herrschaft der Monopole zurückdrängen?

Wäre eine „rot-grüne“ Koalition oder eine Bonner SPD-„Grüne“-Regierung der mögliche Beginn für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt?

Genügt das Errichten von alternativen Projekten, um die alten gesellschaftlichen Strukturen zu verändern?

Gibt es denn schon genügend Durchblick auf das sozialistische Ziel, um sich für die Wege zu diesem Ziel interessieren zu können?

Der Weg in eine sozialistische Bundesrepublik

Die Einleitung

Wir haben in unserem Lande gegenwärtig eine Strategiedebatte der verschiedensten Kräfte. Das hängt mit den vielfältigen krisenhaften Prozessen und Erscheinungen zusammen, mit den dadurch veränderten Rahmenbedingungen für die Politik. Alle Kräfte müssen sich der Frage stellen, was sie angesichts dessen tun sollen. Wir wurden von dieser Entwicklung nicht überrascht, weil unser Parteiprogramm, auf dem Mannheimer Parteitag 1978 beschlossen, diese Entwicklung bereits richtig vorausgesehen und unsere Alternative zum krisengeschüttelten Kapitalismus herausgearbeitet hat. Obgleich auch in den Debatten anderer Kräfte mancher nützliche Vorschlag auftaucht, den auch wir aufgreifen können und müssen, haben dennoch nur wir ein wissenschaftlich begründetes Programm für den Weg aus den vielfältigen Krisen.

Das Ziel ist klar

Wir haben im vergangenen Bildungsheft begründet, daß unser Land den Sozialismus braucht, wenn die

Lebensfragen unseres Volkes gelöst werden sollen. Wir haben auch dargestellt, was Sozialismus konkret ist, denn darüber sind ja die vielfältigsten Lügen der Antisozialisten, aber auch manche vom Wunschdenken gespeiste Vorstellungen linker Kräfte im Umlauf. Wir nannten von solchem Wunschdenken unabhängige, eben objektive Maßstäbe, mit deren Hilfe wir die Frage beantworten können, ob ein Land sozialistisch ist bzw. ob eine politische Kraft für den Sozialismus eintritt, oder ob da Etikettenschwindel betrieben wird. Wir zeigten, wie sich die allgemeinen Merkmale des Sozialismus mit der Beachtung nationaler und geschichtlicher Besonderheiten verbinden müssen und stellten in diesem Zusammenhang dar, wie sich – nach unserer Meinung und von unserem heutigen Kenntnisstande aus – der Sozialismus in unserem Lande entfalten wird. Schließlich ließen wir keinen Zweifel daran, daß unsere Partei, die DKP, die Partei des Sozialismus für unser Land ist; daß folglich, wer im Sozialismus die Lösungsmöglichkeiten für die Probleme unseres Landes erkennt, in unsere Partei, in die DKP, gehört.

Freilich ist mit alledem ein

Problem nicht gelöst: Ein gutes Ziel zu haben ist eine Sache, den Weg dahin zu erkennen, die Hindernisse auf dem Weg zum Ziel zu sehen, Mittel, Möglichkeiten und Kräfte zu benennen, mit denen man dieses Ziel auch erreichen kann, das ist eine andere Frage. Und um diese andere Frage, um den Weg in eine sozialistische Bundesrepublik, soll es in diesem Bildungsheft gehen. Dabei wollen wir nicht spekulieren, keine Traumtänze rei vollführen, sondern von vornherein mit aller Deutlichkeit sagen:

Antworten des Programms

„Wie sich dieser Weg konkret gestalten wird – das hängt vor allem von der Kraft der Arbeiterklasse, von der Stabilität ihres Bündnisses mit anderen demokratischen Kräften, von der Stärke ihrer revolutionären Partei, aber auch von den Formen des Widerstandes der Reaktion ab“ (Programm der DKP, S. 66). Das Programm einer kommunistischen Partei kann keine unbegründeten Voraussagen treffen: Es kann und muß die Erfahrungen des Klassenkampfes im eigenen Land und die Kämpfe in an-



Auf dem 7. Parteitag der DKP in Nürnberg. Übereinstimmung in der Einschätzung, die der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, gibt: „In letzter Instanz kommt es für die Arbeiterbewegung vor allem darauf an, den Kampf um die Einschränkung und schließliche Überwindung der Macht des Großkapitals zu führen.“ Und: „Wenn der staatsmonopolistische Kapitalismus überfordert und außerstande ist, den elementaren Bedürfnissen und Interessen der Menschen Rechnung zu tragen, dann ist es höchste Zeit, eine neue soziale Ordnung anzustreben ... den Sozialismus.“ – Das Bild ist von Manfred Scholz.

deren Ländern aufarbeiten und daraus Schlußfolgerungen ziehen. Es gibt viele Erfahrungen aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, aus dem Kampf gegen den Faschismus und in den Nachkriegsjahren. Vor allem aber gibt es die Erfahrungen der Oktoberrevolution in Rußland, der Revolution in anderen sozialistischen Staaten. Es gibt Erfahrungen aus Chile, Portugal und vielen anderen Ländern. All diese Erfahrungen sind in die Programmatik unserer Partei eingeflossen.

Der Sozialismus muß gewollt werden

Wir sagen im Programm, daß die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus längst herangereift sind. Doch diese materiellen Voraussetzungen allein reichen nicht aus. „Die Entwicklung zum Sozialismus vollzieht sich ... nicht automatisch: Der Sozialismus ist weder eine einfache Summe von Reformen im Rahmen der alten Gesellschaft, noch kann er importiert werden oder durch Putsch und Verschwörung zustande kommen. Der Sozialismus, diese grundlegend neue Gesellschaftsordnung, die auf der revolutionären Überwindung der kapitalistischen Macht- und Besitzverhältnisse aufbaut, kann nur das Ergebnis des Wollens und Handelns der Arbeiterklasse, der Volksmassen sein. Er läßt sich nur in einem langwierigen und komplizierten Prozeß, im harten Klassenkampf durchsetzen“ (Programm der DKP, S. 65).



Viele Kräfte, deren Interessen im Widerspruch zum heutigen Kapitalismus d.h. zum staatsmonopolistischen System stehen, darunter leider auch der größte Teil der Arbeiterklasse, sind aus unterschiedlichen Gründen gegenwärtig noch nicht zum Kampf um den Sozialismus bereit. Sie geraten jedoch beim Eintreten für ihre unmittelbaren sozialen und politischen Bedürfnisse immer mehr und auf immer neuen Gebieten mit der den Frieden gefährdenden, mit der sozialreaktionären und antidemokratischen Politik der produktions- und marktbeherrschenden Kräfte des Kapitals, der Monopolbourgeoisie, in Konflikt. Da der Kampf um Demokratie heute gegen diese Macht der

Monopole – gegen das Rückgrat des Kapitalismus – gerichtet sein muß, wird dieser – objektiv noch stärker als früher – zu einem unmittelbaren Bestandteil des Ringens um den Sozialismus.

Die Politik der DKP ist darauf gerichtet, die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen vom Kampf um ihre unmittelbaren ökonomischen und politischen Interessen, über das Ringen um grundlegende antimonopolistische Umgestaltungen an die Erkenntnis der Notwendigkeit des Sozialismus und an den Kampf um seine Durchsetzung heranzuführen. Wir gehen also davon aus, daß Übergangsetappen auf dem Weg zum Sozialismus nötig sind.



Die großen Herbstaktionen der Friedensbewegung, die den Ausklang des Jahres 1984 kennzeichneten, bestätigten die Auffassungen der DKP, „daß der Friedenswillen unseres Volkes und der politische Einfluß der Friedensbewegung auch nach dem Beginn der Raketenstationierung ungebrochen sind.“ Die 3. Tagung des Parteivorstandes der DKP stellte fest: „Der zunehmenden Kriegsgefahr stehen wachsende Möglichkeiten für ein engeres Zusammenwirken von Arbeiterbewegung und Friedensbewegung, für eine engere Verbindung von Friedenskampf und sozialem Kampf gegenüber.“ – Das Foto zeigt die Abschlußkundgebung der Fulda-Gap-Aktionen. Es fotografierte am 29. September 1984 Peter Mönnikes.

I. Übergangsetappen auf dem Weg zum Sozialismus eine Erfindung der DKP?

Wir haben in den programmatischen Dokumenten unserer Partei gesagt, daß wir Übergangsetappen vom jetzigen Zustand unseres Landes zum Sozialismus für wahrscheinlich halten. Natürlich wären wir froh, wenn wir, ohne längeres Verweilen, unverzüglich, gleichsam in einem großen Sprung, den Kapitalismus hinter uns lassen, den Sozialismus erreichen könnten. Leider deutet nichts darauf hin, daß dies möglich ist. Wer wollte z. B. allen Ernstes behaupten, die Massen unseres Landes seien heute dazu bereit, sich mit ganzer Kraft für den Sozialismus einzusetzen?

In der Arbeiterbewegung ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit von Übergängen auf dem Wege zum Sozialismus schon lange verbreitet. Marx sprach sie 1852, dann Engels in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts aus, bevor Lenin sich dieser Frage gründlich zuwandte und die Strategie des Weges zum Sozialismus und der Übergänge zum Sozialismus in den Revolutionsjahren 1905–1907 und 1917 herausarbeitete. Die siegreiche Revolution von 1917 hat Lenins Ansichten bestätigt, die danach in die Programmatik der Kommunistischen Internationale aufgenommen wurden. Die Problematik des Kampfes um Übergänge auf dem Weg zum Sozialismus wur-

de vor allem auf dem IV. und dem VII. Weltkongreß der Komintern behandelt. Die Leninsche Konzeption wurde auf die neuen, konkreten Bedingungen des Klassenkampfes angewandt. Sie fand auch, nach der Niederschlagung des Faschismus, in den volksdemokratischen Umwälzungen ihre praktische Bestätigung. (Vgl. hierzu: Willi Gerns/Robert Steigerwald, Antimonopolistischer Kampf heute, VMB Frankfurt a. M. 1983, S. 39 ff.).

Unsere Partei hat diese Lehre in ihre programmatischen Dokumente übernommen und gegen zwei entgegengesetzte Fehler entschieden verteidigt.

Zwei falsche Konzeptionen

Da gab es den Fehler der ultralinken Kräfte. Sie meinten, wir hätten es mit einem miesen Diesseits zu tun, aus dem wir (mit Volksbewaffnung, bewaffnetem Aufstand usw.) in das strahlende Jenseits springen sollten. Alles andere sei blanke Opportunismus. Und diese Weisheiten wiederholten sie wie buddhistische Mönche ihre frommen Sprüche. Und sie waren damit so fern dem Volke, wie der Propaganda der Antikommunisten nah, daß es den Kommunisten ja nur um Blutvergießen, Schrecken, Terror usw. gehe.

In Wahrheit geht es uns Kommunisten darum, das Leben des Volkes zu verbessern, und den Sozialismus/Kommunismus sehen wir als Weg zu diesem Ziele an. Wir meinen eben nicht, es sei für das Volk desto besser, je größer die Not und die Schrecken sind, und wir waren nie der Meinung, mit solch einer verbohrtten Denkweise könne man die Massen für den Sozialismus gewinnen.

Der zweite Fehler besteht darin, zu glauben, durch das immerwährende Streben nach Reformen komme man irgendwie und irgendwann ins „gelobte Land“ des Sozialismus.

Beide Fehler verhalten sich zueinander wie ein Handschuh und seine Umstülpung: Sie sind jeweils nur zwei verschiedene Seiten desselben Unsinn! Beide verfehlen in Wahrheit den Sozialismus.

Wir Kommunisten haben demgegenüber eine andere, zusammenhängende strategische Konzeption ausgearbeitet. Worin besteht sie? In der Überzeugung, daß – nach heutiger Lage der Dinge und heutigem Wissensstand – für unser Land folgende Etappen auf dem Wege zum Sozialismus wahrscheinlich sind:

Zuerst – und offensichtlich für eine längere Zeit – geht

Werner Cieslak (Hrsg.)



„Unternehmerbäume wachsen nicht in den Himmel, wenn man einig und entschlossen kämpft.“ So heißt es in diesem Buch, das von Mitgliedern der DKP und Beteiligten am Kampf um die 35-Stunden-Woche geschrieben wurde. Mit anderen Worten: Das Kapital kann nicht nur gestoppt, es kann auch zurückgedrängt werden.

es darum, das arbeitende Volk dafür stark zu machen, daß es verteidigt, was es sich in Jahrzehnten ertrötzt und erkämpft hat und daß es in diesem Verteidigungskampf die Kraft gewinnt, um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt durchzusetzen. Diese Fragen behandelt das dritte Kapitel unseres Parteiprogramms ausführlich.

In diesem Kampf können die Bedingungen dafür heranreifen, eine antimonopolistische Demokratie für unser Land zu erringen, die den Weg zum Sozialismus öffnen kann. „Die DKP erachtet es als möglich und im Interesse der Arbeiterklasse erstrebenswert, daß der Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt in eine an-

timonopolistische Demokratie einmündet ... Aufgrund der gegenwärtigen Bedingungen geht die DKP davon aus, daß der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte um eine antimonopolistische Demokratie am besten geeignet ist, den Weg zum Sozialismus zu öffnen.“

(Ebenda, S. 68)

Warum sind Übergangsetappen nötig?

Gehen wir auf diese Etappen nun etwas ein.

Ausgangspunkt wirklich politischer, wirklich strategischer Überlegungen muß u. a. sein, sich ein möglichst genaues Bild dessen zu verschaffen, wo wir stehen, wie das Kräfteverhältnis der kämpfenden Klassen ist.

– Wer wollte bestreiten, daß in unserem Lande die bürgerlichen Kräfte noch gefährlich stark sind? Sie besitzen die ökonomische Macht – und was für eine ökonomische Macht! Sie besitzen nicht nur die ökonomische, sondern auch die politische Macht! Mehr noch, sie haben beide Bereiche der Macht vereinigt (zum staatsmonopolistischen Kapitalismus). Und die ideologischen Machtmittel haben sie auch.

– In der Arbeiterbewegung sind, vor allem durch das Wirken der Sozialdemokratie, reformistische, sozialpartnerschaftliche, opportunistische Gedanken weit verbreitet und tief verankert. Vor allem ist

die Arbeiterbewegung gespalten, wobei die konsequenten Gegner des Kapitalismus zahlenmäßig noch schwach sind.

Es stellt sich also mit Notwendigkeit die Frage nach dem subjektiven Faktor, d. h. die Frage nach der gesellschaftlichen Hauptkraft, die den Kapitalismus zu stürzen und die sozialistische Gesellschaft aufzubauen vermag, nach dem Grad ihrer Entwicklung, ihres Bewußtseins und ihrer Kampfbereitschaft.

Der Totengräber des Kapitalismus, das ist die Arbeiterklasse, stellten Marx und Engels bereits im „Manifest der Kommunistischen Partei“ fest. Davon geht auch das Programm der DKP aus.

Nüchterne Feststellung

Wir müssen jedoch fragen, in welchem Ausmaß sich die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik ihrer Klassenlage und der geschichtlichen

Aufgabe, die sie zu erfüllen hat, bewußt ist. Ist in der Bundesrepublik etwa jene Bedingung für den erfolgreichen Kampf um den Sozialismus erfüllt, von der Engels in seiner letzten Arbeit, der „Einleitung zu Marx' Klassenkämpfen in Frankreich“, sagt: „Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten.“

Wir müssen nüchtern feststellen: Das Bewußtsein großer Massen der Arbeiter und Angestellten unseres Landes ist gegenwärtig noch dadurch gekennzeichnet, daß sie der Politik der SPD-Führung – und nicht wenige sogar der CDU/CSU-Führung – folgen, sich nicht auf sozialistischen oder auch nur bewußt antimonopolistischen Positionen befinden. Natürlich wollen auch die sozialdemokratisch beeinflussten Arbeiter eine gerechtere Ordnung. Die sich verschärfenden Kri-

senprozesse der letzten Jahre haben bei vielen von ihnen ein Gefühl von Unsicherheit hervorgerufen. In Arbeiteraktionen haben sich neue Ansätze für ein elementares Klassenbewußtsein bei einem Teil der Arbeiter entwickelt. Alles das muß die Partei der Arbeiterklasse in ihrer Politik berücksichtigen. Sie muß dabei jedoch immer nüchtern von der Tatsache ausgehen, daß selbst bei fortgeschritteneren Teilen der Arbeiterklasse in größerem Umfang kaum politisches Klassenbewußtsein oder gar sozialistisches Bewußtsein vorhanden ist.

Strategie des Heranführens

Unter diesen Bedingungen gibt es, wenn man nicht in Wunschträume verfallen will, nur eine Möglichkeit, revolutionäre, sozialistische Politik zu betreiben: Man muß eine solche Strategie entwickeln, die die Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen an den Kampf um den Sozialismus *heranführt*. Das ist eine schwere Aufgabe. Ohne ihre Lösung kann man jedoch nicht zum Sozialismus gelangen. Lenin sagte dazu auf dem III. Komintern-Kongreß 1921: „Wer nicht versteht, daß wir in Europa, wo fast alle Proletarier organisiert sind, die Mehrheit der Arbeiterklasse erobern müssen, der ist für die kommunistische Bewegung verloren ...“ (W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, S. 504).

Entscheidend ist dabei, die Arbeiterklasse auf der Grundlage ihrer *eigenen*

praktischen Erfahrungen an die Notwendigkeit des Sozialismus heranzuführen. Diese eigenen Erfahrungen führen jedoch heute in der Regel zunächst an die Notwendigkeit der Zurückdrängung und schließlichen Überwindung der Macht des Monopolkapitals und noch nicht unmittelbar an die Notwendigkeit der endgültigen Überwindung des Kapitalismus überhaupt heran.

Wir möchten das an einem Beispiel erläutern: Elementare Erfahrungen sammeln die Arbeiter z. B. im Lohnkampf oder im Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. In ihren Köpfen vorhandenes sozialpartnerschaftliches Denken wird mit dem profit-egoistischen Verhalten der Unternehmer konfrontiert, die den Arbeitern notwendige Lohnerhöhungen trotz hoher Profite verweigern, Arbeitszeitverkürzungen ablehnen, obwohl über zwei Millionen Frauen und Männer arbeitslos sind. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sehen, wie die „Sozialpartner“ nach der Polizei rufen, um Streikbrecher zu schützen oder wie sie den lieben „Sozialpartner“ aussperren. Sie sammeln Erfahrungen über die Rolle der „freien Presse“, die pausenlos die Unternehmerargumente gegen die Arbeiter vertritt, und über den „demokratischen“ Staat, über die Regierung, die angeblich über den Klassen stehen, in Wirklichkeit jedoch mit dem staatlichen Zwangsapparat und mit dem Versuch, die Tarifautonomie zu zerstören, im Interesse des Kapitals in die Auseinandersetzungen einzugreifen.

– Eine wirklichkeitsnahe und darum wirksame Politik kann doch nur darin bestehen, vom Nächstliegenden auszugehen (allerdings nicht dabei stehenzubleiben). Das ist immer der beste Einstieg in und Auslöser für große Politik.

Das Nächstliegende

Bei der Prüfung dessen, was unter unseren heutigen Bedingungen dieses Nächstliegende ist, sehen wir folgende Hauptfelder:

- den Kampf für den Frieden und für Abrüstung;
 - den Kampf um Arbeit und die Verteidigung sozialer Rechte;
 - den Kampf um die Verteidigung der Demokratie;
- Im Kampf um die Verteidigung dessen, was das arbeitende Volk auf diesen Gebieten erreicht bzw. welche Interessen es auf diesen Gebieten hat, wird es seine Kräfte sammeln, Freund und Feind besser erkennen und unterscheiden lernen, sein Bewußtsein erhöhen, ebenso seine Organisiertheit, so daß der Kampf um das, was zu verteidigen ist, hinführt zu neuen Forderungen.

„Die DKP kämpft für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt im

Warum kämpfen wir gegenwärtig um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt?

Bei der Orientierung auf den Kampf um eine solche Wende handelt es sich nicht um eine willkürliche Formulierung. Auf unserem Essener Parteitag 1969 haben wir von der demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft gesprochen. Auf unserem Düsseldorfer Parteitag 1971 haben wir in den „Thesen“ unsere grundsätzliche Orientierung auf eine antimonopolistische Demokratie erarbeitet. Wenn wir damals nicht von einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt gesprochen haben, so hat das seinen Grund insbesondere darin, daß es in der Anfangsperiode der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung ein gewisses Voranschreiten gab:

Die CDU/CSU-geführte Regierung wurde abgelöst von einer von der SPD geführten Regierung, zu deren Programm Entspannungspolitik nach außen und Reformpolitik nach innen gehörte. Die Frage einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt stand also nicht, weil sich ja gewisse positive Schritte nach vorn vollzogen. Es kam vielmehr darauf an, daß wir, als Kommunisten, versuchen mußten, diese Reformpolitik weiterzutreiben.

Wir haben dann in unserem Parteiprogramm auf dem Mannheimer Parteitag 1978 – bei Beibehaltung der Ori-



Die Ostverträge waren ein wesentliches Element sozialdemokratischer Reformpolitik. Auch sie konnten nur im Kampf gegen Staatsstreichpläne der CDU durchgesetzt werden. Die Kommunisten gehörten zu den Initiatoren außerparlamentarischer Aktionen – damals wie heute. Das Foto von Silberzahn und Meinberg entstand in Mannheim.

entierung auf eine antimonopolistische Demokratie – diese Orientierung durch die auf eine „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ ergänzt. Der Hintergrund dafür war und ist, daß mit der kapitalisti-

schen Krise Mitte der siebziger Jahre an die Stelle dessen, was Reformpolitik war, mehr und mehr Reformfeindlichkeit trat. An die Stelle von Brandts Wort „mehr Demokratie wagen“ (das immerhin auch mit

dem Beginn der Berufsverbote verbunden war!) trat schon unter Helmut Schmidt und Genscher mehr Demokratieabbau. So stellte sich nun die Notwendigkeit, das Erreichte zu verteidigen.

Die Verteidigung des Erreichten im Vordergrund

Als dann zur Krisenproblematik noch – unter dem Druck der Konfrontationspolitik des US-Imperialismus – auch die Entspannungspolitik mehr und mehr durch Raketen- und Rüstungspolitik untergraben wurde, wurde es notwendig, auch auf diesem Gebiet die Verteidigung des Erreichten in den Vordergrund zu rücken. Der Imperialismus verschärfte den Kurs seiner Aggressionspolitik. In deren Dienst wurde ein neuer, noch wahnwitzigerer Rüs-

stungskurs gestellt. Dessen Finanzierung ist nur mittels rigorosen Sozialabbaus möglich. Das ist wiederum, um die demokratische Gegenwehr dazu zu erschweren, mit offenem und verschleierte Demokratieabbau verbunden. Das alles hat die Aussagen und die Orientierung des Programms unseres Mannheimer Parteitages von 1978 nachdrücklich bestätigt. Wir, die Arbeiter, Angestellten, Handwerker, Bauern, die Intellektuellen, haben

auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens Wertvolles zu verteidigen. Wir müssen in diesem Verteidigungskampf die Kraft und Organisiertheit gewinnen, um nicht nur die Angriffe der aggressivsten und reaktionärsten Kreise des Großkapitals abwehren zu können, sondern auch eine Wende zur Erweiterung unserer demokratischen und sozialen Rechte, zur Verteidigung des Friedens und für militärische Abrüstung durchsetzen zu können.



Der Kampf gegen die Berufsverbote steht im Mittelpunkt der Verteidigung der demokratischen Rechte. Wenn es gelingt, die Berufsverbotepraxis zu überwinden, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung einer demokratischen Wende getan. – Michael Huhn fotografierte am 28. 9. 1984 während einer Aktion in Büdingen, dem Wohnort von Bundespostminister Schwarz-Schilling, der zahlreiche Bedienstete verfolgt und entläßt, weil sie die DKP unterstützen.

2. Probleme des Kampfes um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt

Wir sagen, der Frieden ist zwar nicht alles; aber ohne Frieden ist alles nichts. Es gibt keine wichtigere Aufgabe, als den Frieden zu verteidigen. Was bedeutet das eigentlich konkret?

Wovon geht denn die Kriegsgefahr aus? Vom Rüstungs- und Konfrontationskurs des USA-Imperialismus, der sich dabei fest auf die Bonner Rechtsregierung verlassen kann. Und dieser Kurs zielt darauf, den Sozialismus zurückzurollen. Hierfür wird gerüstet, zur Rüstungsfinanzierung Sozialabbau betrieben und zur Verhinderung des Volkswiderstands dagegen die Demokratie eingeschränkt.

Dies alles hängt also direkt zusammen.

Friedensverteidigung heißt also heute

- Sicherung physischer Existenz. Das ist unabdingbare Voraussetzung für jeden gesellschaftlichen Fortschritt.
- Rüstungsstopp oder gar Rüstungsbegrenzung würde nicht nur den Sozialismus ökonomisch entlasten, sein rascheres Voranschreiten sichern und damit wiederum positiv auf unsere Kampfbedingungen einwirken, sondern auch im eigenen Land würden günstigere Bedingungen für den Kampf gegen die Bonner

sozialreaktionäre Politik entstehen.

- Das alles würde auch den Spielraum des Imperialismus zum Demokratieabbau beschneiden.

Oder nehmen wir den Kampf der Arbeiter zur Abwehr des Aussperrungserrors der Unternehmer. Beim jüngsten Streik der IG Metall und der IG Druck und Papier trat erneut und verstärkt die Forderung nach Verbot der Aussperrung in den Vordergrund. Die

Durchsetzung dieser Forderung wäre aber alles andere als nur defensiv. Sie würde die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse auf dem ökonomischen Feld ganz entschieden verbessern.

Oder: Der Kampf gegen Reallohnabbau ist zwar ein Kampf gegen ein weiteres Sinken der Massenkaufkraft, gegen ein weiteres Schrumpfen des inneren Marktes unseres Landes, aber eben damit wäre er auch *ein* Faktor im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Der eigenen Interessen bewußt werden

Außerdem hat der Kampf um ein und dieselbe Forderung nicht selten sowohl einen defensiven, als auch einen offensiven Charakter, stellt er sowohl die Verteidigung, als auch die Erweiterung des Errungenen dar. So dient der Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sowohl der Verteidigung der Arbeitsplätze, wie auch deren Durchsetzung Neues brächte: Mehr Freizeit, mehr Zeit für Politik und Kultur, neue Möglichkeiten für Frauen, sowohl im Beruf als auch in der Politik aktiv zu sein usw.

Wir könnten viele weitere Beispiele anführen. Insgesamt sehen wir aber doch, daß in den Jahren seit der

Verabschiedung des Programms oft schon die bloße Verteidigung des bisher Erreichten äußerst schwer geworden ist, wie heftig die Angriffe der Reaktion und des Großkapitals auf die sozialen und demokratischen Errungenschaften sind.

Gerade unter solchen Bedingungen kommt es vor allem darauf an, daß die arbeitenden Menschen für ihre Interessen kämpfen. Wenn sie sich ihrer Interessen immer mehr bewußt werden und diese wirksam zur Geltung bringen, kann dem Großkapital die Möglichkeit genommen werden, Erreichtes immer wieder in Frage zu stellen. Dann wird auch das Selbstbewußtsein

der arbeitenden Menschen im Kampf gegen das Großkapital wachsen. Das zeigte sich ja schon in den großen Streikkämpfen um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Aber ohne solch ein wachsendes

Kraftbewußtsein, ohne die in solchen Kämpfen gewonnenen Einsichten die realen Klassenverhältnisse unseres Landes können die Voraussetzungen für weitergehende Zielstellungen nicht geschaffen werden. Eine

Klasse, die nicht fähig wäre, Errungenes zu verteidigen, könnte erst recht nicht Neues erkämpfen. Defensive und Offensive im Klassenkampf hängen also miteinander zusammen.



Die Arbeiterklasse ist die entscheidende Kraft, um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt herbeizuführen. Ihr Bewußtsein entwickelt sich in der Aktion. – Jürgen Riedelsheimer fotografierte am 16. Mai 1984 in Stuttgart ausgesperrte Kollegen, die eben kommunistische Zeitungen erhalten haben, Lokalausgaben der UZ.

Welche Errungenschaften sind verteidigungswert?

Im Programm ist von demokratischen und sozialen Errungenschaften die Rede, die es zu verteidigen gelte. Worin bestehen eigentlich die wichtigsten dieser demokratischen und sozialen Errungenschaften?

– Wir haben heute bürgerlich-demokratische Verhältnisse in der Bundesrepublik, im Vergleich zur Zeit des Hitler-Faschismus eine bedeutende Errungenschaft.

– Das Grundgesetz, vor allem sein Grundrechtskatalog, ist eine bedeutende demokratische Errungenschaft.

– Zu den wichtigsten Errungenschaften gehören die Einheitsgewerkschaften, an deren Aufbau wir Kommunisten bedeutenden Anteil haben.

– Es ist eine wichtige Errungenschaft, daß heute eine legale Kommunistische Partei, ein legaler Arbeiterjugendverband, die SDAJ, und ein legaler marxistischer Studentenverband, der MSB Spartakus, in unserem Lande wirken.

– Die Verträge zwischen der Bundesrepublik und den sozialistischen Ländern, für deren Zustandekommen die Friedenskräfte in der Bundesrepublik mehr als zwei Jahrzehnte gekämpft haben, sind wichtige Errungenschaften.

– Die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften sind – bei all ihrer Begrenztheit – wichtige Errungenschaften.

– Es gibt wichtige Errungenschaften im sozialen Bereich. Bis vor wenigen Jahren erzielten wir eine beachtliche Entwicklung der Reallöhne, die Erhöhung der Renten, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, die Erhöhung des Arbeitslosengeldes, das Kindergeld, Wohngeld und anderes.

Alles das wurde den Arbeitern

nicht geschenkt. Alles mußte gegen den erbitterten Widerstand des Großkapitals erkämpft werden. Oft sehen wir erst heute, angesichts der unverschämten Angriffe des Großkapitals auf die Rechte der arbeitenden Menschen, was diese sich in den vergangenen Jahrzehnten erkämpft und erarbeitet haben. Das Erreichte ist es wert, verteidigt zu werden, wobei die Verteidigung des Erreichten Ausgangspunkt für das Ringen um weitere Verbesserungen sein muß.

Wir sagen nun im Programm, daß eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt nur durch die Aktivität der arbeitenden Menschen durchgesetzt werden kann.



Gegen Rotstiftpolitik und Sozialabbau: Auch die Rentner verteidigen sich. Das Bild entstand während des alternativen Schaffermahls in Bremen. Es fotografierte am 10. Februar 1984 Wilfried Seehafer.



„Die Ausgesperrten gehen an der fassungslosen Werkleitung vorbei in den Betrieb“, schreibt der Fotograf, Hans Meister, zu diesem Bild, das er am 18. Juni 1984 vor einem Betrieb in Dinkelsbühl aufnahm. – In der Tat: Im Kampf um die Arbeitsplätze, gegen die Massenarbeitslosigkeit wird heute deutlich, wie sehr



Verteidigung und Angriff zwei Seiten einer Medaille in der Auseinandersetzung der Arbeiterklasse mit dem Großkapital sind. In diesem Sinne war und ist der Kampf um die 35-Stunden-Woche Verteidigung und Angriff zugleich.

Wie stehen wir zum parlamentarischen Kampf?

Wir haben über die Rolle und Bedeutung von demokratischen Bewegungen und Massenaktionen gesprochen. Im Programm sagen wir: „Dabei mißt sie (die DKP) dem außerparlamentarischen Aktionen der Arbeiterklasse und dem Kampf der Arbeiterjugend sowie den Aktionen der Schüler und Studenten und den demokratischen Bürgerinitiati-

ven entscheidende Bedeutung bei“ (S. 35). Hier ist mit Absicht die Formulierung „entscheidende Bedeutung“ gebraucht worden. Damit ist gesagt, daß es ohne Massenaktivität keinen sozialen und demokratischen Fortschritt geben wird. Das heißt aber nicht, daß wir als DKP die Erringung parlamentarischer Positionen ge-

ring schätzen. Vielmehr verbindet sich in der Politik der DKP der außerparlamentarische Kampf eng mit dem Streben um die Veränderung des parlamentarischen Kräfteverhältnisses zugunsten der arbeitenden Menschen, um die Erringung und Stärkung fortschrittlicher Positionen in den Parlamenten. Alle Erfahrungen sprechen dafür, daß starke parlamentarische Positionen der DKP sowie demokratische Wahlbündnisse, welche die DKP einschließen, den politischen Einfluß des arbeitenden Volkes wesentlich vergrößern.



Erstmals gelang es der DKP bei den Kommunalwahlen 1984 in Nordrhein-Westfalen auch in das Stadtparlament von Wülfrath einzuziehen. Stimmenergebnis: 13,4 Prozent. Damit war eine Wählermehrheit links von der CDU entstanden. Mit den Stimmen der DKP konnte der rechte CDU-Bürgermeister abgelöst und ein Sozialdemokrat Stadtoberrhaupt werden. – Manfred Scholz fotografierte die DKP-Fraktion am 15. Oktober 1984.

Welche Stellung bezieht die DKP zu Reformen, und für welche Reformen kämpfen wir?

Die prinzipielle Haltung unserer Partei zu Reformen bestimmt das Programm folgendermaßen: „Einen bedeutenden Platz im Kampf der Arbeiterbewegung nimmt das Ringen um demokratische Reformen ein. Die DKP wirkt mit Entschiedenheit für alles, was der Verbesserung der Lage der Arbeitenden, der Erweiterung ihrer Rechte, der Vergrößerung ihres politischen Handlungsspielraums, der Schaffung von Möglichkeiten der Mitbestimmung und demokratischen Kontrolle dient. Sie betrachtet die Durchsetzung solcher Reformen durch das arbeitende Volk als wichtigen Bestandteil des Kampfes um die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Zugleich erblickt sie in ihnen die Möglichkeit zur Verbesserung der Kampfbedingungen für weitergehende gesellschaftliche Umgestaltungen“ (S. 36).

Daß die DKP für Reformen eintritt, ist nicht irgendeine Taktik, sondern gerade Marxisten treten besonders entschieden für demokratische Reformen ein.

Illusionen?

Gefragt wird aber, ob durch Reformen nicht Illusionen über den Kapitalismus erweckt werden? Können Re-

formen nicht dazu beitragen, daß das staatsmonopolistische Herrschaftssystem gefestigt wird? Wie verhalten wir uns zu Versuchen, den Kampf der Arbeiterklasse auf Reformen im Kapitalismus zu beschränken?

Reformen im Arbeiterinteresse

Sicherlich sind die herrschenden Kreise nur dann für Reformen, wenn sie der Festigung des Kapitalismus nützen und nicht mit dem Profitinteresse des Großkapitals in Widerspruch geraten. Oder sie sind für Reformen, weil der Massenkampf sie dazu zwingt. Solche demokratischen Reformen, die unter dem Druck des Klassenkampfes der Arbeiter und der anderen demokratischen Kräfte dem Großkapital und seinen politischen Vertretungen abgerufen werden, sind aber etwas ganz anderes, als Brosamen vom Tisch der Herren, die gnädig gewährt werden!

Im Programm wird deshalb auch davon gesprochen, daß die DKP mit dem Einsatz für demokratische Reformen die Zurückweisung aller in den Mantel von Reformen gehüllten Versuche verbindet, die Arbeiterklasse an die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu binden. Allerdings ist gerade unter den gegenwärtigen

Krisenbedingungen hinsichtlich der Bundesregierung die Gefahr einer Reformdemagogie geringer geworden (während die SPD-Führung in der Oppositionsrolle bereits wieder kräftig den Eindruck erweckt, sie sei *die* Friedens- und Reformkraft in unserem Lande!). Gerade unter den jetzigen Bedingungen ist der Kampf um Reformen (für mehr Mitbestimmung, für Aussperrungsverbot, für Verstaatlichung bei demokratischer Kontrolle usw. usf.) noch wichtiger geworden.

Doppelcharakter von Reformen

Dabei läßt sich die DKP von der schon von Lenin formulierten Erkenntnis leiten, daß jede Reform in der kapitalistischen Gesellschaft einen doppelten Charakter hat. Sie kann sowohl die Lage und die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse verbessern, als auch von den Herrschenden zur verstärkten Bindung der arbeitenden Menschen an das kapitalistische System genutzt werden. Welche der beiden möglichen Seiten zum Tragen kommt, hängt dabei vor allem davon ab, ob es gelingt, die Massen in den selbständigen ökonomischen und politischen Kampf einzubeziehen.

Wie steht die DKP zum Grundgesetz?

Eng verbunden mit den Fragen unserer Einstellung zum Parlament und zu Reformen ist die Frage unserer Haltung zum Grundgesetz. Immer wieder wird der DKP „Verfassungsfeindlichkeit“ vorgeworfen. Ausgerechnet jene tun das, die in der deutschen Geschichte immer wieder ihre Demokratiefeindlichkeit bewiesen haben. Sie behaupten, wenn die DKP sich auf das Grundgesetz berufe, dann sei das scheinheilig und nicht ernst gemeint, weil die DKP einen ganz anderen Staat wolle.

In der Präambel (Vor-spruch) unseres Programms ist eindeutig formuliert: „Die DKP wirkt auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland“ (S. 6).

Die Haltung der DKP zum Grundgesetz ergibt sich aus ihrer prinzipiellen Einstellung zu den demokratischen Rechten.

– Alle demokratischen Rechte sind im Kampf gegen das Großkapital und seine Parteien durchgesetzt worden.

– Als das Grundgesetz 1948/49 ausgearbeitet wurde, wirkten Kommunisten wie Max Reimann und Heinz Renner dafür, daß viele der heute im Grundgesetz festgelegten demokratischen Rechte und Freiheiten hineinkamen.

– Nach dem zweiten Weltkrieg hatten die antifaschistischen Kräfte soviel Einfluß, daß insbesondere im Grundrechtskatalog relativ weitgehende demokratische Rechte verankert werden konnten.

– Die DKP stellte und stellt sich allen Anschlägen auf die demokratischen Rechte und Freiheiten der Verfassung entgegen.

– Der Artikel 14 des Grundgesetzes eröffnet die Möglichkeit, Kapitalisten zu enteignen; der Artikel 20 sagt, alle Macht müsse vom Volke ausgehen; andere Artikel verbieten Nazismus, Rassismus und Kriegspolitik. Warum sollten wir dagegen sein? Wir sind dagegen, daß dies alles im wirklichen Leben unseres Landes von denen mißachtet wird, die uns Verfassungsfeindlichkeit vorwerfen. Sie sind in Wahrheit Verfassungsfeinde!

Alle bisherigen Änderungen des Grundgesetzes, so insbesondere die Einfügung der Notstandsverfassung 1968, bedeuteten eine Einschränkung der demokratischen Rechte und Freiheiten und wurden von den reaktionären Kräften gegen den Widerstand der demokratischen Kräfte durchge-

Die DKP wahrt das progressive Erbe des Volkes, die vorwärtsweisenden Ideen humanistischen Denker Kampfes für gesellschaftliche In der Tradition... wie steht... krieges, der re... demokraten von 1848/49, ... und Matrosen der November... von 1918.

Die DKP teilt den Stolz der arbeitenden Menschen unseres Landes auf Ihre großen Aufbauleistungen, auf die sozialen und demokratischen Errungenschaften, die sie gegen die Reaktion erstritten haben. Die DKP wirkt auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Sie bekennt sich zu seinen demokratischen Prinzipien. Sie verteidigt es entschieden gegen alle Anschläge der Reaktion. Entsprechend seinem Auftrag wirkt sie aktiv bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.

Von den Lebensinteressen des Volkes und den Erfahrungen der Geschichte ausgehend, sieht die DKP ihre entscheidende Gegenwartsaufgabe darin, die Bundesrepublik zu einem Faktor des Friedens zu machen und die vom Großkapital bedrohten sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen zu verteidigen. Sie kämpft für die Erweiterung dieser Rechte und unternimmt alles in Ihrer Kraft stehende, um reale Schritte der Abrüstung durchzusetzen und den Prozeß der internationalen Entspannung unumkehrbar zu machen.

setzt. Wenn wir sagen, daß die DKP auf dem Boden des Grundgesetzes wirkt, heißt das nicht, daß wir uns mit diesen reaktionären Änderungen und Ergänzungen des Grundgesetzes abfinden.

Selbstverständlich ist das Grundgesetz keine sozialistische Verfassung, aber es

legt sich auch nicht eindeutig auf den Kapitalismus fest. Es ist Ausdruck des Kräfteverhältnisses nach der Zerschlagung des Faschismus. Entgegen reaktionärer arbeiterfeindlicher Auslegung des Grundgesetzes steht die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik nicht im Widerspruch zum Grundgesetz.

Wenn die Verfassung den Ausbau der Bundesrepublik zu einem Sozialstaat verlangt und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums fordert, sowie, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen soll, so sind diese Grundgesetzgebote letztlich nur durch die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Macht des Monopolkapitals zu verwirklichen.



Solidarische Hilfe für andere Völker – ein Prinzip des Sozialismus. Danach strebt auch die DKP. – Das Foto entstand in Sibirien. Die sowjetische Arbeiterin Tatjana Shurawijowa vermittelt vietnamesischen Lehrlingen Kenntnisse im Weben.

Wie verhält sich die Orientierung auf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt zu unserem sozialistischen Ziel?

Wir verzichten im Kampf um eine solche Wende keineswegs auf das sozialistische Ziel. Wir gehen davon aus, daß sich gerade in diesen Auseinandersetzungen um die nächsten vor uns liegenden Aufgaben das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte verändern wird. Damit können zugleich auch die notwendigen Bedingungen geschaffen werden für das erfolgreiche Ringen um grundlegende antimonopolistische Umgestaltungen und unser sozialistisches Ziel.

Die in der Orientierung auf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt gestellten Aufgaben gehen zwar noch nicht über den Kapitalismus hinaus. Sie bleiben noch im Rahmen der alten Gesellschaft. Innerhalb dieses Rahmens schränken sie aber die Macht der Monopole ein und verbessern so die Positionen, der Arbeiterklasse und der anderen antimonopolistischen Kräfte im Kampf um die Überwindung der Macht des Großkapitals.

3. Was ist eine antimonopolistische Demokratie, und wieso kann sie den Weg in eine sozialistische Bundesrepublik öffnen?

Im Programm sagen wir, daß die DKP es als möglich erachtet und im Interesse der Arbeiterklasse für erstrebenswert hält, „daß der Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt in eine antimonopolistische Demokratie einmündet“.

Die antimonopolistische Demokratie ist nicht irgend etwas Feststehendes, nicht irgendein dritter Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus, sondern eine Periode grundlegender Umgestaltung, in der die Arbeiterklasse und die anderen demokratischen Kräfte über so viel politische Kraft und parlamentarischen Einfluß verfügen, daß sie eine ihre gemeinsamen Interessen vertretende Koalitionsregierung bilden können. Gestützt auf die außerparlamentarische Aktivität der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte, könnten so tiefgreifende politische und ökonomische Umgestaltungen durchgesetzt werden.

Die Ökonomie

Ökonomisch würde die antimonopolistische Demokratie „durch die fortschreitende Überführung von Großkonzernen in öffentliches Eigentum“ die Macht des Monopolkapitals zurückdrängen und schließlich

überwinden. „Damit würde auch die Einleitung einer demokratischen Wirtschaftsplannung möglich“ (Programm der DKP, S. 67). Durch all diese Maßnahmen würden sich neue und günstigere Möglichkeiten ergeben, die notwendigen grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltungen weiterzuführen und den Übergang zur sozialistischen Umgestaltung zu vollziehen.

Eine antimonopolistische Demokratie würde so

- dem gesamten arbeitenden Volk meßbare Vorteile bringen,
- die Positionen der Arbeiterklasse verbessern und zur Festigung ihres Bündnisses mit den anderen Werktätigen beitragen,
- dem gemeinsamen Wirken aller sozialistischen und antimonopolistischen Kräfte neue Impulse geben,
- neue Erfahrungen vermitteln, den Handlungsspielraum der Reaktion einengen,
- so die Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus schaffen.

Wenn wir uns im einzelnen mit den Aussagen des Programms zur antimonopolistischen Demokratie be-

schäftigen, sollten wir den Fehler vermeiden, irgendeinen Gegensatz zwischen antimonopolistischer Demokratie und Sozialismus zu konstruieren. Vielmehr ist es so, wie wir im Programm auf Seite 68 formulieren:

„Aufgrund der gegenwärtigen Bedingungen geht die DKP davon aus, daß der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte um eine antimonopolistische Demokratie am besten geeignet ist, den Weg zum Sozialismus zu öffnen. Sie betrachtet die antimonopolistische Demokratie und die sozialistische Umwälzung als miteinander verbundene Entwicklungsstadien in dem einheitlichen revolutionären Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.“

Die Staatsmacht

Selbstverständlich müßte der Prozeß, in dem eine antimonopolistische Demokratie durchgesetzt, von den Massen erkämpft wird, in die Errichtung einer antimonopolistischen Staatsmacht einmünden. Dabei macht das Programm klar, daß wir unter einer neuen, unter einer antimonopolistischen Staatsmacht nicht einfach das Auswechseln dieser oder jener Personen in der Regierung verstehen. Es



„Auch die letzte dumme Kuh wählt nie mehr CDU.“ – „Macht ihr den Bauern tot, wählen sie morgen rot!“ – Losungen während einer Demonstration am 16. April 1984 in Kassel. – Auch die Bauern kämpfen für ihre demokratischen und sozialen Forderungen. Die DKP unterstützt sie und wirkt für das Zusammenwirken von Arbeitern und Bauern, von Stadt- und Landbevölkerung gegen das Monopolkapital.

geht vielmehr darum, die Macht der Monopolbourgeoisie und ihrer politischen Vertretungen – oder anders ausgedrückt: der staatsmonopolistischen Führungskräfte – durch die Macht eines breiten, von der Arbeiterklasse geführten, antimonopolistischen Bündnisses zu ersetzen. Dazu gehört selbstverständlich eine entsprechende Veränderung in der Zusammensetzung des Parlaments, das wirklich den Volkswillen repräsentieren muß. Dazu gehört ebenso selbstverständlich, daß an die Stelle einer Regierung des Monopolkapitals eine antimonopolistische Regierung treten muß.

Das genügt jedoch nicht. Eine neue Staatsmacht bedeutet mehr. Die Erfahrungen der Geschichte, darunter auch die blutigen Erfahrungen in Chile, bestätigen: Mit einer Armee, an deren Spitze militärische Offiziere des großkapitalistischen Systems stehen, Polizeioffizieren, die auf den Einsatz gegen streikende Arbeiter, gegen demonstrierende Arbeiter, Bauern und Studenten gedrillt sind, mit Richtern, die noch immer auf dem rechten Auge blind sind, die teils noch Hitler gedient haben, Nazimörder schützen und heute rücksichtslos Berufsverbotsurteile gegen Kommunisten und andere Demokraten sprechen, mit den Schnüfflern vom sogenannten Verfassungsschutz, die im Interesse der Monopole verfassungswidrig demokratische Organisationen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und andere Demokraten bespitzeln, sich aktiv an der Nazipropaganda und

an terroristischen Unternehmungen beteiligen, kann man natürlich nicht die neuen demokratischen Rechte und Freiheiten der Werktätigen gegen die unvermeidlichen konterrevolutionären Machenschaften des Monopolkapitals und der in seinem Solde stehenden Kräfte durchsetzen und verteidigen.

Merkmale der neuen Staatsmacht

Die einzelnen Merkmale der antimonopolistisch-demokratischen Staatsmacht können heute noch nicht im Detail bestimmt werden, zumal sie vielfältige Formen annehmen können. Zu ihren allgemeinen Merkmalen gehören aber offenbar folgende:

1. Bildung einer demokratischen Volksregierung, die sich auf eine breite Massenbewegung, auf die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und das politische Bündnis der demokratischen, nicht-monopolistischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse sowie auf einen demokratisch kontrollierten Sektor des öffentlichen Eigentums in der Wirtschaft und einen demokratischen Staatsapparat stützt.
2. Schaffung einer neuen demokratischen Gesetzlichkeit unter Beibehaltung

aller positiven Elemente der Gesetzgebung, die von den Volksmassen bereits erkämpft wurden. Dabei geht es auch um die konsequente Verwirklichung solcher Verfassungsaufträge, in denen sich der demokratische Druck der Massen unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg widerspiegelte. Dazu gehören solche Artikel des Grundgesetzes, nach denen die BRD ein „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ sein soll, in dem „alle Staatsgewalt vom Volke“ ausgehe (Artikel 20); die Forderung, daß das Eigentum an Produktionsmitteln „dem Wohle der Allgemeinheit“ verpflichtet sein müsse (Artikel 14); die Festlegung, „daß Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel vergesellschaftet werden können“ (Artikel 15).

3. Die umfassende politische Organisierung der Massen und ihre offensive politische Aktivität, die eine demokratische Mehrheit in den zentralen Machtorganen ermöglicht und die Umgestaltung von Parlamenten in arbeitende Körperschaften vollzieht.

Eine solche Staatsmacht verwirklicht den Willen der Mehrheit des Volkes und verkörpert somit die soziale Gewalt der Massen gegenüber der monopolistischen Bourgeoisie, ihren Organisationen, Vertretungen und Institutionen.

Theoretische und praktische Erfahrungen

Wie die historischen Erfahrungen der Sowjetunion und der Volksdemokratien gezeigt haben, können nur die massenhafte Aktion und das revolutionäre Schöpfer-tum der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen demokratischen Kräften einen solchen Druck, einen solchen Zwang auf die Herrschenden bewirken, daß ein „Zustand des Übergangs“, wie Marx ihn nannte, erreicht wird. „Wo auf der einen Seite die gegenwärtige ökonomische Grundlage der Gesellschaft noch nicht umgestaltet ist, aber auf der anderen Seite die arbeitenden Massen Kraft genug gesammelt haben, Übergangsmaßnahmen durchzusetzen, die geeignet sind, schließlich einen radikalen Wechsel der Gesellschaft zuwege zu bringen.“ (Karl Marx, Bericht des Generalrats über das Erbrecht, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 16, S. 368/369)

Selbstverständlich fällt eine antimonopolistische Staatsmacht, die von einem von der Arbeiterklasse geführten, breiten antimonopolistischen Bündnis getragen wird, nicht aus einem wolkenlosen Himmel. Sie kann nur erkämpft werden, wenn sich das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in einer politischen Krise befindet, wenn dieses System nicht mehr in der Lage ist, mit einer mächtig anwachsenden Massenbewegung für grundlegende demokra-

tische Umgestaltung in Staat und Gesellschaft fertig zu werden. Und ebenso selbstverständlich ist es, daß der Kampf um eine antimonopolistische Demokratie nur dann zum Erfolg führen kann, wenn die Kraft der demokratischen Bewegung und ihr Einfluß so stark werden, daß die Monopole nicht mehr imstande sind, diese Bewegung durch den

Einsatz ihrer Gewaltapparate zu zerschlagen. Eine solche Entwicklung ist nur möglich, wenn die breitesten Massen der Werktätigen sich energisch gegen die Reaktion auflehnen. Und ohne Zweifel kann der Kampf um eine antimonopolistische Demokratie auch nur dann erfolgreich sein, wenn ein bedeutender Teil der Sozialdemokratie, der christlichen und parteilosen Arbeiter sowie der Verbündeten der Arbeiterklasse bereit ist, gemeinsam mit den Kommunisten für die Durchführung weitergehender Maßnahmen gegen das Monopolkapital zu handeln.

Auf dem Weg zum Sozialismus ist eine starke DKP nötig

Der Weg in eine sozialistische Bundesrepublik kann nicht erkämpft werden, ohne die starken Kräfte des arbeitenden Volkes zu mobilisieren, ohne das Ringen um Aktionseinheit und breite, antimonopolistische Bündnispolitik, ohne ein wissenschaftlich begründetes Programm des Ringens um den Sozialismus für un-

ser Land, wie wir es erarbeitet haben. Dies alles erfordert eine starke DKP mit großem Masseneinfluß. Die Mitgliederwerbung für unsere Partei, das Thälmann-Aufgebot, sind also nicht Selbstzweck, sondern eingefügt in unser Gesamtkonzept des Ringens um eine sozialistische Bundesrepublik.

„Soziale Sicherheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit, Frieden und Sozialismus – dafür kämpft die Deutsche Kommunistische Partei.“

Außerparlamentarische Aktion

So wichtig die „Aktion mit dem Stimmzettel“ ist, so wichtig vor jeder Wahl ein Wahlkampf ist – damit ist der außerparlamentarische Kampf nicht zu ersetzen. Der außerparlamentarische Kampf ist nichts anders, als die ständig und in den unterschiedlichsten Aktionsformen zum Ausdruck kommende Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse, der anderen Werktätigen, aller Menschen, die direkt und unmittelbar mitwirken, mitentscheiden, mitbestimmen wollen. Die heutigen großen Bewegungen von Hunderttausenden von Menschen, die Friedensbewegung, die Arbeiterbewegung, die ökologische Bewegung, die demokratische Bewegung, die Jugend- und Frauenbewegung, sind Beweis für ein hohes Niveau außerparlamentarischer Aktionen.

Bewußtsein

Politisches Bewußtsein umfaßt die Fähigkeit zu Durchblick auf und zu Einblick in Ursachen, Hintergründe und Zusammenhänge politischer Erscheinungen und Entwicklungen. Viele Menschen handeln heute spontan, aus persönlicher Betroffenheit. Das ist von

größter Wichtigkeit für fortschrittliche gesellschaftliche Aktivitäten. Aber wenn persönliche Betroffenheit sich abschwächt, spontanes Handeln nachläßt, können nur weiterführende Kenntnisse und Erkenntnisse die gesellschaftliche Bewegung vorwärtstreiben. Aktionsteilnahme und politische Bildung und Aufklärung schaffen einen Erfahrungsschatz, der zu Bewußtsein führt.

Kräfteverhältnis

Neben dem internationalen Kräfteverhältnis wirkt ein *inneres* Kräfteverhältnis. Es kennzeichnet die Stärke der wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte im Lande. Also: Wie stark ist die Arbeiterklasse? Wie stark sind die Kapitalisten? Wie stark ist die Friedensbewegung? Wie stark sind jene Kräfte, die an einer aggressiven Rüstungspolitik festhalten? Usw. Die Kräfte des Großkapitals, der Monopole und der mit ihnen verbundenen Regierungen verfügen zwar über den Regierungs- und Machtapparat, über die wichtigsten Medien, über die Fabriken und Dienstleistungsbetriebe. Aber sie sind, gemessen an der Zahl der Bevölkerung, ein kleines Häuflein von Menschen. Die arbeitenden Menschen, die

Frauen, die Jugend, die Rentner, die Wissenschaftler, die Künstler, sind die absolute Mehrheit. Diese große Zahl kann zu einer unwiderstehlichen Kraft werden, wenn sie gemeinsam und zielgerichtet handelt. Dann kann sie das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verändern. Dann kann sie ihre Friedens-, demokratischen und sozialen Interessen durchsetzen.

Monopole

Das Monopol haben heißt soviel wie das alleinige Recht haben, die alleinige Macht ausüben. Monopole im wirtschaftlichen Sinne sind Vereinigungen und Verflechtungen von mehreren Unternehmen zu großen Konzernen, auch multinationalen Konzernen. Durch ihre ökonomische Machtstellung beherrschen sie den Markt, den Absatz und die Produktion. Sie sind Herren über Millionen Arbeiter und Angestellte. Ihre Macht ist inzwischen so groß, daß sie letztlich über ganze Regierungen verfügen und ihren Willen auf allen Ebenen des Staates und seiner Einrichtungen durchsetzen können, wenn ihnen nicht unterschiedener Widerstand durch die Arbeiterklasse und andere demokratische Kräfte geleistet wird. Dieser Widerstand ist antimonopolistischer Kampf.

Neuerscheinungen des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) · Frankfurt/Main

Informationsbericht Nr. 37

Grün-alternative Wirtschaftskonzeptionen

Analyse und Kritik · Verfasser: Jörg Goldberg, Angelina Sörgel

Hauptthemen: Was bedeutet das Konzept der Dualwirtschaft? · Welche sozialen Kräfte sollen Veränderungen verwirklichen? · Was ist dran an der „Kritik des Industriesystems“? · Welche Technik brauchen wir? · Wo liegt der Schlüssel zu einer besseren Gesellschaft: bei den Arbeits- oder bei den Eigentumsverhältnissen?

87 Seiten, DM 9,80

Informationsbericht Nr. 38

Lebensweise der Lohnarbeiter in der Freizeit

Empirische Materialien und theoretische Analyse · Verfasser: Kaspar Maase

Die Studie erörtert umfangreiches Datenmaterial zu wesentlichen Tätigkeitsfeldern; passive Erholung, Hausarbeiten, Kommunikation, Nachbarschaft, Vereine, Interessenvertretung, Häuslichkeit, Sport, Urlaub, Kunst und Medien, Weiterbildung, Hobbys.

300 Seiten mit 151 Tabellen und Schaubildern, umfangreiches Literaturverzeichnis, DM 24,--

Informationsbericht Nr. 39

Waldsterben und Umweltpolitik in der Bundesrepublik

Verfasser: Edgar Gärtner

Hauptthemen: Ökologie und Ökonomie des Waldes · Waldwirtschaft, Großindustrie und Umweltpolitik in der BRD · Das Waldsterben · Waldsterben und Umweltpolitik – Politische Reaktionen und Konsequenzen · Eine Wende in der Umweltpolitik?

175 Seiten, DM 12,80

Soziale Bewegungen – Analyse und Dokumentation des IMSF 16

Der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche

„Flexi-Konzept“ des Kapitals und die Zukunft der Gewerkschaften

Verfasser: Gert Hautsch, Klaus Pickshaus, Klaus Priester

Hauptthemen: Welche Folgen hat das „Flexi-Konzept“, das sich als Kern der Kapitalstrategie erweist? · Wie kann der Entsolidarisierung und der Aushöhlung kollektivvertraglicher Schutzkraft begegnet werden? · Welche Zukunft haben die Gewerkschaften? · Kann in der Verarbeitung des Kampfes die klassenorientierte Strömung in der Arbeiterbewegung gestärkt werden? Ist ein Zusammengehen aller fortschrittlichen Bewegungen gegen die „Wendepolitik“ möglich?

Ca. 124 Seiten, DM 8,--

Theorie und Methode VII

Proletarische Psyche

Zum sozialökonomischen und politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse in der BRD

Verfasser: Wadim P. Jerusalemiskij

Die sowjetische Studie verbindet historische und sozialpsychologische Gesichtspunkte mit der Interpretation aktueller empirischer Befunde. Eine Leitfrage ist die nach Voraussetzungen und Anknüpfungspunkten für die Bildung sozialistischen Bewußtseins.

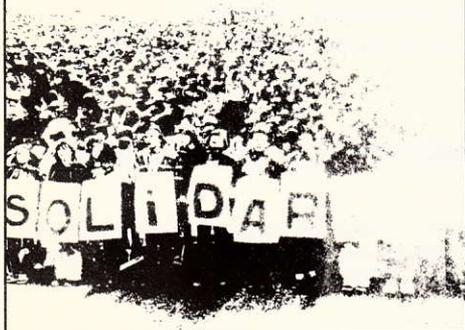
253 Seiten, 63 Tabellen und Schaubilder, DM 15,--

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1**

Detail-Programme der DKP

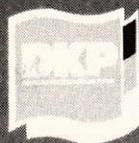
Die DKP hat für alle gesellschaftlichen Bereiche Detail-Programme erarbeitet. In ihnen sind Vorschläge und Forderungen zu den aktuellen Problemen der Bevölkerung unseres Landes aufgenommen. Sie benennen Zielstellungen, die auf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt gerichtet sind. – Auf eine kleine Auswahl weisen wir hin.

**Gemeinsam
für die Sicherung
und Schaffung
von Arbeitsplätzen
Arbeit statt Raketen**



Für eine demokratische Frauenpolitik

Grundsätze und Forderungen
der Deutschen
Kommunistischen Partei



**SOZIALDEMOKRATEN
+ KOMMUNISTEN
GEMEINSAM GEGEN
ATOMICRAKETEN**

Herbert Mies

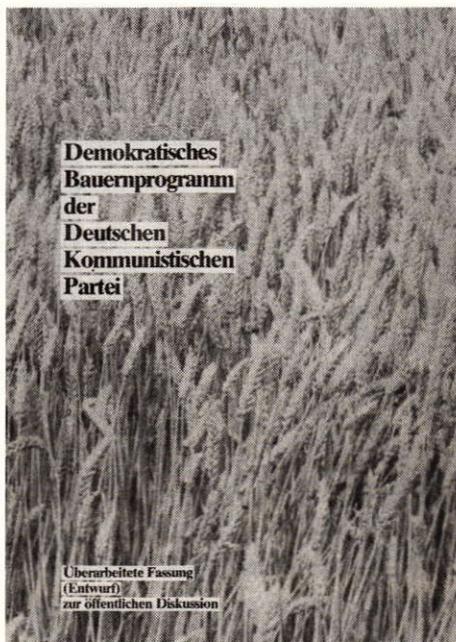
**Aktionseinheit
für Frieden und Arbeit -
das Gebot der Stunde**

SOLIDARITÄT
mit
ausländischen
Arbeitern

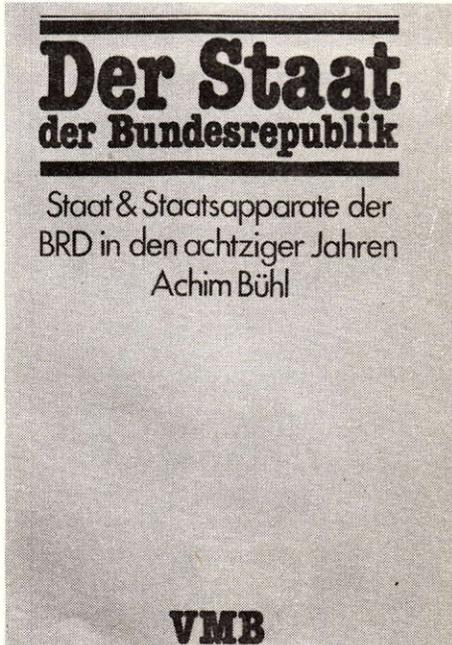
Forderungsprogramm
der
DKP

Detail-Programme der DKP

Die DKP hat für alle gesellschaftlichen Bereiche Detail-Programme erarbeitet. In ihnen sind Vorschläge und Forderungen zu den aktuellen Problemen der Bevölkerung unseres Landes aufgenommen. Sie benennen Zielstellungen, die auf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt gerichtet sind. – Auf eine kleine Auswahl weisen wir hin.



Bücher zum Thema



Ein Pfeiler im Strom

*Dokumentarfilm,
DDR 1983
Produktion: DEFA
Regie: Heynowski &
Scheumann
Farbe, 45 min
Video (VHS),
Best.-Nr. 5603.*

Der Pfeiler im Strom ist der Mittelpfeiler der Mariaorter Brücke in Regensburg, der von den Amerikanern nach dem Krieg als Sprengkammer benutzt wurde.

Der Pfeiler im Strom ist aber auch Walter Zauner, der 1952 diese Kammern zumauerte, um gegen die Politik des kalten Krieges zu protestieren.

Der Hochkommissar der US-Besatzer brachte ihn dafür für 4 Jahre (!) ins Zuchthaus.

Der Film schildert die Beweggründe dieses Mannes damals, er zeigt die weltweite Solidarität nach dem Skandal-Urteil und porträtiert Walter Zauner heute, der sagt: „...und dann bin ich der Meinung, vor 31 Jahren habe ich recht gehandelt.“

Der längere Atem

*Dokumentarfilm,
BRD 1983
Produktion: Baum-Film
Regie: Christoph Boekel,
Beate Rose
sw, 105 min, Lichtton (LT)
16 mm, Best.-Nr. 5292.*

Der Kampf für den Frieden hat notgedrungen Tradition. Dieser Film zeigt den Widerstand, der in den fünfziger Jahren gegen die skrupellose Remilitarisierungspolitik des Kohlschen Großvaters Adenauer organisiert wurde.

Oskar Neumann bleibt in seinen Erzählungen über diese Zeit nicht bei den Demonstrationen stehen: Die Remilitarisierung war zugleich Restauration alter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse, was auch ausführlich dargestellt wird.

Auch die Erfolge der Friedensbewegung werden deutlich: die Volksbefragung, die Bewegung „Kampf dem Atomtod“, der sich SPD und Gewerkschaften anschließen, die Verhinderung der beschlossenen Atombewaffnung der Bundeswehr.

War Lab - Kriegslabor

*Dokumentarfilm von
Monica Maurer,
BRD 1983
Farbe - 22 Minuten -
LT, 16 mm,
Best.-Nr. 5572,
Kategorie A
Video, Best.-Nr. 5573.*

Die USA setzen gezielt Waffen gegen die Zivilbevölkerung ein. Ihre Wirkungsweise wurde in Hiroshima, Vietnam und zuletzt Beirut getestet. Kriegführung mit dem Ziel der Massenvernichtung ist nicht nur der Atomschlag - dieser Krieg findet heute schon statt. Dieser emotional aufrüttelnde Film (und Video) kann gut als Auftakt für eine Diskussion der US-Strategie eingesetzt werden.

Ohne Frieden ist alles nichts

*Dokumentarfilm,
BRD 1984
Produktion: AG Friedensfilm in der RFFU/Film Süd*

*Regie: Beate Rose /
Christoph Boekel
Farbe, 46 min
Video (VHS)*

Das Verhältnis von Gewerkschaften zur Friedensbewegung ist das Thema dieses Videos.

40 Stunden sind zuviel - 35 ist das Ziel

*Dokumentarfilm,
BRD 1984
Regie: Gernot Steinweg,
Peter Kleinert
Farbe, 33 Minuten
16 mm, Best.-Nr. 5622,
Kategorie C
Video, Best.-Nr. 5623.*

Gleich zu Beginn wird der Zuschauer mit den üblichen Vorurteilen konfrontiert: Die 35-Stunden-Woche sei zu teuer, sie bewirke gar nichts gegen die Arbeitslosigkeit, sie sei illusionär...



*Dokumentarfilm,
BRD 1983
Regie: Hannes Karnick,
Wolfgang Richter
Farbe, 49 Minuten
16 mm, Best.-Nr. 4482.*

Dieser Film entstand in Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen der Opel-Werke in Rüsselsheim. Anhand dieses Beispiels wird aufgezeigt, wie neue Technologien in der Automobilindustrie wirken: arbeitsplatzvernichtend, streßfördernd, entfremdend.

Anleitung zum Handeln

Das Thema umfaßt alle Bereiche, in welchen Kommunisten aktiv sind. Den Friedenskampf. Den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, für Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Aktionen für den Umweltschutz, gegen Waldsterben. Initiativen der Frauen. Aktivitäten für die Verteidigung demokratischer Rechte, gegen Berufsverbote.

Das alles sind Kämpfe und Aktionen, die sich letztlich gegen die Allmacht der Monopole richten, die auch bestimmen, wie in Bonn regiert wird.

Das wissen längst nicht alle Menschen, die sich an diesen Kämpfen und Aktionen beteiligen.

Hier liegt die Aufgabe der Kommunisten, Kenntnisse darüber zu vermitteln und bewußt zu machen, welche gesellschaftlichen Kräfte eigentlich im Wege stehen. Warum eigentlich nicht mit der Abrüstung begonnen wird. Warum keine Arbeitsbeschaffungsprogramme aufgestellt werden. Warum im Umweltschutz nur geredet, aber nicht konsequent gehandelt wird. Warum um elementare demokratische Rechte immer wieder gekämpft werden muß.

Wenn die Kommunisten hierauf Antworten geben, wenn sie in den Bewegungen mehr Klarheit und Bewußtheit bewirken können, dann wird jede Aktion zu einem wichtigen Schritt in die antimonopolistische Richtung, zu einem Schritt auf dem Weg zu einer sozialistischen Bundesrepublik.

Mehr lernen!

Alle jungen Genossinnen und Genossen (und natürlich die älteren) sind eingeladen, an den Kursen der Karl-Liebknecht-Schule der DKP in Leverkusen teilzunehmen. Sie finden zu folgenden Terminen statt:

Januar

- 6. 1.–12. 1. 85 Grundlehrgang*
- 13. 1.–19. 1. 85 Die Kommunalpolitik der DKP*
- 27. 1.– 2. 2. 85 Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenbewegung*

Februar

- 3. 2.– 9. 2. 85 Grundlehrgang*
- 10. 2.–16. 2. 85 Kommunisten und Friedensbewegung*
- 17. 2.–23. 2. 85 Die Sportpolitik der DKP*

Anmeldungen nimmt jeder Gruppenvorstand der DKP entgegen.

DKP-Anschriften

Deutsche Kommunistische Partei
Parteivorstand
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 48 10 01-04

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Baden-Württemberg
Stotzstraße 10, 7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 26 55 10

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen/Nordwest
Contrescarpe 8c, 2800 Bremen 1
Telefon (04 21) 32 13 14

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hamburg
Tarpembekstraße 66, 2000 Hamburg 36
Telefon (0 40) 47 65 69

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hessen
Cronstettenstraße 18, 6000 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 55 02 87

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Niedersachsen
Hamburger Allee 38, 3000 Hannover 1
Telefon (05 11) 31 10 33

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Nordbayern
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg
Telefon (09 11) 3 24 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz
Heiligkreuzweg 92, 6500 Mainz 1
Telefon (0 61 31) 8 20 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 36 20 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen
Telefon (02 01) 22 21 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Saar
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken
Telefon (06 81) 3 15 13

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel
Telefon (04 31) 68 14 21

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Südbayern
Reisingerstraße 5, 8000 München
Telefon (0 89) 26 79 68

Letzter Tip

Zu diesem Thema als Begleittext:

Das Parteiprogramm der DKP.
Die Berichte der 3. und 4. Tagung des Parteivorstands der DKP

**Und das nächste
Bildungsthema?**

**Die DKP.
Eine
demokratische
Partei.**